

Kösliner Volksblatt

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 70 Pfg. — Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 49. Postfach-Konto Danzig Nr. 1989

vorm. Fürstentümer Zeitung
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechspaltige Kleinzeile 20 Pfg.; Reklame kostet die dreispaltige Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preisermäßigung

Nr. 13.

Donnerstag, den 16. Januar 1919.

17. Jahrgang

Die Frauen mit an die Front!

Das Präludium ist vorüber, — oder scheint es nur so? Die „regierende“ Sozialdemokratie hat uns zu den allgemeinen Wahlen für die Nationalversammlung am kommenden Sonntag die ganze letzte Woche hindurch ein Vorspiel geliefert, das wohl auch dem begeistertsten Anhänger politischer Zügellosigkeit den Geschmack daran verdorben haben mag. Dieser Partei der „Freiheit“ und „Brüderlichkeit“ seine Stimme zu geben. Die sozialdemokratische Partei hat in einem Augenblick allgemeinen deutschen Nervenzusammenbruchs die Macht an sich gerissen, ohne jemals deren innerstes Wesen begriffen zu haben, das allein in der Kraft besteht. Infolgedessen hat sie zur Ueberwältigung der spartakistischen Raub- und Einbrechergegenschaften, zu der für jede ordentliche Regierung zwei Tage genügt hätten, über zwei volle Monate gebraucht und aus ihren eigenen Reihen ist das Wort gefallen: „So schlimm ist es noch nie, auch nicht unter der schlappsten, bürgerlichen Regierung gewesen!“

Dabei spricht noch, wie schon angedeutet, manches dafür, daß dieser Sieg nur ein Scheinsieg war. Es ist möglich gewesen, daß sämtliche Führer der bolschewistischen Aufwühlbewegung in die Provinz entwichen, und wir haben damit zu rechnen, daß sie nun allenthalben den Bürgerkrieg aufzuklämmen lassen, um unser Volk, das nicht sterben will, gewalttätig in den Abgrund zu zerren.

Eine bessere Agitation für die bürgerliche und nationale Ordnung, als diese Impotenz, dieses Nichtregieren können auf der einen Seite und andererseits dieses monatelange Sengen, Morden und Brennen in der Hauptstadt des alten Reiches, hätte uns die Sozialdemokratie gar nicht liefern können. Es war eine Probeleistung „fünf Minuten vor zwölf“, wie Herr Scheidemann sich ausdrücken würde; eine Leistung, welche uns in der Tat dazu aufzuheben sollte, diese „fünf Minuten“ noch nach allen Kräften zu nutzen, um den bürgerlichen Wählern, die Verhinderung dieser glorreichen Kunst sozialistisch-republikanischer Regierung zu erreichen.

Wir müssen die sozialdemokratische Niederlage herbeiführen, weil wir sie herbeiführen können. Die Sozialdemokratie rief u. a. auch die Frauen auf den Plan. Angesichts der weiblichen Mehrheit unserer Gesamtbevölkerung — es handelt sich um etwa 21 Millionen weibliche und 18 bis 19 Millionen männliche Wähler! — ein im Sinne der heutigen Gewalttäter überaus gewagtes Experiment!

E. Curtius hat einmal gesagt: „Die Frauen sind, wenn sie einmal aus den Grenzen ihres Berufs herausgetreten sind, ihrer Natur nach der fanatisierenden Gewalt einer Parteistimmung in besonderem Grade unterworfen und tragen dann am meisten dazu bei, die Erregung der Gemüter auszubreiten und die allgemeine Leidenschaftlichkeit zu steigern.“

Nun ist aber aus der Zeit vor dem Kriege zur Genüge bekannt, einestheils, daß die Herren Genossen im Grunde ihrer Seele von der weiblichen Betätigung in der Politik gar nicht viel wissen wollten; andererseits, daß die praktische Anteilnahme der sozialdemokratischen Frauenwelt am Leben ihrer Partei immer nur gering war. Die „fanatisierende Gewalt der Parteistimmung“ ließ sie kalt und die unjagbar anwidernden Vorgänge in Berlin werden sie schwerlich erwärmen. Am Gegenteil, „das ist der Frauen seine Kriegskunst, daß sie, den Kampf ablehnend, dennoch siegen“.

In den mühseligen Szenen, die sich jetzt auf den Berliner Straßen abspielen, lag etwas, was nach unserer Ueberzeugung die Seele der Arbeiterin ebenso abstoßen muß, wie diejenige der Frau aus den „besseren Ständen“. Was man dabei an die schlampigen „Frauenspersonen“ denken, die an der Seite ihrer „Genossen“ in den Demonstrationen zügeln, oder an gewisse Plakate, welche bald nach dem 9. November an den „frei“ gewordenen Anschlagssäulen aufstauten und den „Gebärstreit“ u. a. verkündeten. Der antändigende Frau aus dem Hause sind ihr Haus und Herd, die Kinderseele und die weibliche Zucht nicht weniger unantastbare Dinge, wie der Frau aus der Gesellschaft. Es mag darum vielleicht doch sein, daß die Ergebnisse dieser beiden Monate der johlend mit feinen Einbrecherwerkzeugen und gestohlenen Schießeisen umherziehende Spartakisten oder auch die ratlos zusehende „offizielle“ Sozialdemokratie dazu beitragen, die Erregung der (weiblichen) Gemüter auszubreiten und die allgemeine Leidenschaftlichkeit zu steigern“. Ist dem aber so, haben diese Dinge in der Tat fanatisierend auf die Frauenwelt gewirkt, dann geschah es kaum zu Gunsten der Sozialdemokratie.

„Nach Freiheit strebt der Mann, das Weib nach Sitte“. So ruft der 9. November auch die Frauen, und die Frauen vor allem an die Front! Sie haben die Mehrheit, und wenn sie die Leidenschaft dazu haben, dann haben sie auch die Kraft, mit der bürgerlichen Sache die beiden Güter zu retten, die gerade ihnen am höchsten stehen: Zucht und Sitte..

Neue Unruhen in Berlin.

Berlin, 14. Januar. Im Nordwest von Berlin, im Stadtteil Moabit ist es heute am Spätnachmittag zu neuen Unruhen gekommen, die von Liebeschleusen hervorgerufen wurden. Die Absperrung des Stadtteils, die zum Zwecke der Waffenablegerung und Waffensuche vorgekommen war, wurde streng durchgeführt, und tagüber übte sie auch eine ordnungsgewöhnliche Wirkung aus. Am Nachmittag aber bröckelten große Scharen nach Moabit, die abermals zu Angriffen auf die Truppen übergingen und sich auch verschiedene andere Gewalttätigkeiten zuschulden kommen ließen. So wurden Straßenbahnwagen umgeworfen, Barrikaden errichtet und die Gleise der Stadtbahn zerstört. Gegen 8 Uhr abends wurden Sonderblätter ausgerufen, die die sensationelle Ueberschrift trugen „Große Schlacht in Moabit“. Dies ist zwar eine große Uebertreibung, aber immerhin ist es doch wieder zu schweren Unruhen gekommen.

An das deutsche Volk. — Ein Aufruf der Regierung

Berlin, 14. Januar. In einem Aufruf der Regierung an das deutsche Volk heißt es:

Nach einer Woche schwerer Wirren kehrt in Berlin die Ordnung zurück. Die Regierung ist sich der Zustimmung und der Hilfe des Volkes gewiß, wenn sie entschlossen ist, die Wiederholung ähnlicher Greuel mit allen Mitteln zu verhindern. Die Nationalversammlung, die am nächsten Sonntag nach dem frühesten Wahlrecht der Welt gewählt werden soll, soll die Verfassung des Deutschen Reiches bestimmen, die Regierung nach ihren Wünschen zusammensetzen und über den abzuschließenden Frieden Beschluß fassen. Die Regierung bereitet in dieser Hinsicht alles Erforderliche vor. Die Feststellung

der nationalen Besitzergreifung im Osten jedoch kann nur Aufgabe der Friedenskonferenz sein. Wegen die politischen Anzweiflungen bedarf unser Land des Schutzes, in dem das Volk nicht versagen darf. Nicht minder gilt es, unsere Grenzen gegen die neue russische Militärdespotie zu schützen, die einen neuen Weltkrieg entfesseln will, dessen Schauplatz unser Land sein würde.

Die gegenwärtige Regierung besteht aus Vertretern der Arbeiterklasse, aus Sozialdemokraten. Sie kann nur handeln nach ihren eigenen politischen Grundgedanken. Weder ihr steht niemand als das Volk selbst, das in freier Entscheidung ihr Programm verwirfen oder billigen kann.

In Treue zu unserem Volk, in Treue zu unserer Ueberzeugung werden wir unser schweres Amt weiterführen oder von ihm zurücktreten, je nach dem, wie die Entscheidung des Volkes ausfällt.

Wähle Deutschnational

für
Deutschtum, Christentum, sozialen Fortschritt!

Republikanische Schutztruppe.

Berlin, 14. Januar. Alle bereits gebildeten oder noch in der Bildung begriffenen Wehren (Sicherheits-, Bürgerwehren und dergleichen) werden nunmehr zu einer „Republikanischen Schutztruppe“ zusammengefaßt. Die Zentrale dieser Republikanischen Schutztruppe befindet sich im Reichstag, Freiwilliche Abteilungen, die sich in den Dienst zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung stellen wollen werden angewiesen, sich zwecks Eingliederung in die Republikanische Schutztruppe an die Zentrale Reichstag zu wenden, die alle einschlägigen Fragen wie Wohnung, Bekleidung und Verpflegung regelt.

Um den noch immer andauernden räuberischen Ueberfällen und Plünderungen der Spartakusbanden ein Ende zu machen, ist ganz Berlin in Sicherheitsbezirke eingeteilt worden, die von starken Patrouillen von zehn Mann oder darüber gründlich abgestreift werden sollen. Im Falle der Schutzbedürftigkeit wird der Bevölkerung empfohlen, sich an die nächstgelegene Kaserne ihres Bezirks zu wenden, von wo aus jederzeit Hilfe geholt werden wird. Dies gilt naturgemäß auch von den Depots der Republikanischen Soldatenwehr.

Der Sicherheits- und kriminalpolizeiliche Dienst ist im Polizeipräsidium in vollem Umfang wieder aufgenommen worden. Die Revolverungen, die durch die Verletzung und den Sturm auf das Präsidium hervorgerufen worden sind, haben die Zentrale des Berliner Sicherheitsdienstes nicht für längere Zeit lahmgelegt vermocht. Polizeipräsident Richter, der einstweilen die Geschäfte in Vertretung des Ministers Ernst weiterführt, glaubt, im Verein mit der militärischen Macht die Sicherheit und unausgesetzte Durchführung der Wahlen zur Nationalversammlung zu gewährleisten zu können. Er sieht seine Hauptaufgabe darin, dem verbrecherischen Geinzel, das in den letzten Tagen starken Rufes von außerhalb erhalten hat, in energischer Weise zu Felde zu gehen.

Lebnekraft auf der Flucht.

a. Berlin, 14. Januar. Der Verlauf der Untersuchung über den letzten Spartakusaufbruch in Berlin ergibt mit unabweislicher Sicherheit, daß sich Liebknecht und seine Gefolgsleute völlig von den bolschewistischen Drahtziehern in Ruhland haben leiten lassen. Inwiefern der letzte Unterstaatssekretär im Justizministerium Dr. Cohn, Nordhauener, der bekanntlich vor Ausbruch der Revolution mehrere Millionen von dem russischen Vorkämpfer Joffe erhalten hat, in den Aufbruch mit verwickelt ist, konnte bisher noch nicht erwandfrei festgestellt werden. Gewisse schwere Verletzungen liegen aber auch für ihn bereits vor. Inzwischen befindet sich Liebknecht auf der Flucht, alle Versuche, seiner habhaft zu werden, sind bisher vereitelt, dagegen hat man seine Frau und beiden Söhne, sowie einige Führer des Spartakusbundes in Untersuchungshaft genommen. Die in Liebknechts Wohnung aufgefundenen bolschewistischen Flugschriften und andere Schriftstücke gewähren einen interessanten Einblick in die Organisation des nach russischem Muster aufgebauten Spartakusbundes.

Straf der Angestellten von der Hoch- und Untergrundbahn.

Berlin, 14. Januar. Nach Auskunft der Direktion der Hoch- und Untergrundbahn haben alle Angestellten die Arbeit niedergelassen ihrer übertriebenen Lohnforderungen die Arbeit niedergelassen. Es ist noch ganz unsicher, wann der Betrieb wieder aufgenommen werden kann.

Spartakus-Terror in Erfurt.

Erfurt, 14. Januar. Hier haben spartakistische Unruhen begonnen. Die Demonstration bildeten einen großen Zug, besetzten das Wahlbureau der deutschnationalen Volkspartei und warfen aus anderen Wahlbureaus Flugschriften auf die Straße und verbrannten sie. Der „Erfurter Allgemeine Anzeiger“ wurde von den Spartakisten besetzt. Die Demonstrationen dauern fort.

Anarchie in Düsseldorf.

Berlin, 14. Januar. Wie die „Kreuzzeitung“ von privater Seite hört, herrscht in Düsseldorf völlig anarchische Zustände.

Plünderungen, Mord, und willkürliche Verhaftungen sind an der Tagesordnung. Di Spartakisten haben eine Schreckensherrschaft errichtet, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Nur schnelles und energisches militärisches Eingreifen kann die Lage in Düsseldorf wiederherstellen.

Berichte Stilllegung des Kruppischen Betriebes.

Essen, 14. Januar. Gestern verließen mehrere Spartakisten, zum allergrößten Teil junge Leute, die Kruppischen Fabriken heimzulegen. Der Plan scheiterte daran, daß die in den Kruppischen Werken beschäftigten Arbeiter jede Gemeinschaft und jedes Zusammengehen mit Spartakus energisch zurückwiesen.

Rundschau.

Die Verhandlungen in Trier.

a. Berlin, 15. Januar. Die scharfen Maßnahmen, der Regierung zur endgültigen Unterdrückung des Aufbruchs in Berlin haben infolge der militärischen Durchsuchung nach verborgenen Waffen zwar zu einigen Zusammenstößen geführt, aber die Wiederherstellung der Ruhe doch erheblich gefördert. Die Regierung kann sich daher wieder ihren eigentlichen Geschäften widmen. In der Hauptsache erwecken die neuen Waffenstillstandsverhandlungen in Trier große Besorgnis, weil man glaubt, unbedingt mit der Unversöhnlichkeit Hochs rechnen zu müssen, der immer fanatischer wird. Selbstverständlich hat die deutsche Waffenstillstands-Kommission ganz bestimmte Weisungen mit auf den Weg bekommen, aber es wird von gutunterrichteter Seite nicht bestritten, daß zwischen dem Staatssekretär Erzberger, als Vorsitzenden der Kommission, und dem Staatssekretär des Auswärtigen von Brockdorff-Ransau bereits sehr große Meinungsverschiedenheiten bestehen. Erzberger will unter allen Umständen Frankreich versöhnlich stimmen, während das Auswärtige Amt zwar dasselbe will, aber doch mehr den Standpunkt vertritt, daß auch ein im Kriege unterlegener Staat Anspruch auf unbedingte Gerechtigkeit habe. Graf Brockdorff glaubt ferner, daß die Verbündeten auch ein offenes Auge für die durch das bolschewistische Rußland bedrohte Zukunft aller Kulturstaaten haben werden und schon deshalb Deutschland nicht vollends zu Grunde richten dürften, insbesondere wird sich England dieser Erkenntnis nicht verschließen. Der Versuch aber, sich mit Frankreich in irgendeiner Form zu verständigen, müßte das größte Mißtrauen Englands erwecken, und dadurch könnten die Friedensverhandlungen unnötig erschwert werden. Die Regierungskreise haben ihrerseits diesen Zweikampf der beiden Staatssekretäre wegen der inneren Wirren bisher so gut wie tatenlos zusehen müssen, vielleicht sind sie aber selbst der Meinung, sich nicht in Dinge mischen zu wollen, wenn sie nicht die entscheidende „Akkordentscheidung“ gestehen. Möglich ist auch, daß sie jede eigene Betätigung mit außenpolitischen Dingen zu vermeiden suchen. Das allerdings weiß in der Regierung jeder, daß uns eine ungeheure Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen bevorsteht, wenn die Regierung bis Februar nicht geordnete verfassungsmäßige Verhältnisse schafft.

Abreise nach Trier.

Berlin, 14. Januar. Gestern abend begaben sich die Delegierten der deutschen Waffenstillstands-Kommission nach Trier zu den am Mittwoch beginnenden Verhandlungen. Die Waffenstillstands-Kommission besteht aus denselben Herren, die bisher die Verhandlungen für Deutschland geführt haben. Ein Stab von Hilfskräften ist ihnen beigegeben.

Die Forderungen der Alliierten.

Genf, 11. Januar. Der „Matin“ will aus unterrichteter Quelle erfahren haben, daß beim Bureau der Friedenskonferenz von den einzelnen Alliierten folgende Forderungen angemeldet seien:

Frankreich verlangt die Annexion Elsass-Lothringens, militärische Sicherungen, deren Umfang durch die Verhandlungen festgelegt werden soll, und einen Teil Syriens.

Die englischen Ansprüche erstrecken sich in der Hauptsache auf die Kolonien und sind nach Interessensphären zwischen dem Mutterland und den Dominions verteilt. Für sich selbst verlangt Großbritannien vor allem türkisches Gebiet, das als Brücke zwischen den afrikanischen Besitzungen und Indien gedacht ist.

Italien will die Hand auf den Trentino, Trien und Dalmatien legen, gerät aber dabei in Gegensatz zu den Südslawen, die Dalmatien gleichfalls für sich haben wollen.

Belgien hat einen Teil von Limburg, die freie Benutzung der Scheldemündung angemeldet.

Rumänien wünscht Bessarabien, die Bukowina und einen Teil des Banats.

Serbien macht gleichfalls Ansprüche auf den Banat und in Mazedonien geltend.

Griechenland verlangt den nördlichen Teil von Epirus, Gebietszuwachs in Thrazien und Kleinasien.

Alle anderen kritischen Fragen sollen auf der Grundlage des Nationalitätenprinzips auf der Friedens-Konferenz geregelt werden.

Die neue deutsche Waffenstillstandsnotiz.

Berlin, 14. Januar. Staatssekretär Graf Ransau hat an die Vertreter der Entente eine Note gerichtet, in welcher er die neuen Waffenstillstandsverhandlungen in Trier vorbereitet und die vielfältigen Vorstöße einzelner Ententemächte, insbesondere der Franzosen, gegen Deutschland zurückweist. In der Note wird darauf aufmerksam gemacht, daß Deutschland sein Bestes getan hat, um die Waffenstillstandsbedingungen zu erfüllen und daß gerade die Ententemächte, die über Deutschlands Gültigkeit klagen, die Erfüllung der Bedingungen in Frage gestellt haben, daß auch die Entente die polnischen Bestrebungen unterstützt oder wenigstens mit großem Wohlwollen geduldet, über die Waffenstillstandsbedingungen hinaus die Friedenskonferenz vor vollendete Tatsachen zu stellen. Gerade durch diese polnisch-nationalistischen Bestrebungen ist aber die pünktliche Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen erschwert worden.

Der Frieden wird „diktiert“ werden.

London, 14. Januar. Die „Times“ schreibt: Es ist unmöglich, zu sagen, wie lange die Friedenskonferenz dauern wird. Große Anstrengungen sind gemacht worden, um sie abzukürzen. Denn alle Alliierten Nationen streben danach, zu friedensmäßigen Bewohnheiten zurückzukehren und diese Bewohnheiten in allen andern Ländern wieder herzustellen. Wenn die Konferenz der Alliierten sich über die Bedingungen des Präliminarfriedens geeinigt haben wird, werden diese dem Feinde zur Annahme vorgelegt

werden. Der Frieden wird ein diktiert Frieden sein, obgleich die Bedingungen unendlich viel milder sein werden als die, welche Deutschland, wie es den Rumänen sagte, uns auferlegen wollte.

Deutschland bekommt keinen Kredit?

Amsterdam, 14. Januar. Wie mitgeteilt wird, sind die Vandalen unter keinen Umständen bereit, Deutschland neuen Kredit einzuräumen. Jeder Versuch, Kredit zu erhalten, sei vergeblich, da eine Ablehnung sicher ist. Die Schulden Deutschlands an die neutralen Länder werden mit 5 Milliarden Mark angegeben. Nur eine feste Regierung und das Hervortreten eines anderen Geistes könne die herrschende pessimistische Stimmung ändern.

Deutschlands koloniale Ansprüche.

Berlin, 14. Januar. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In der Presse der Entente wird dafür Stimmung gemacht, Deutschland seiner Kolonien zu berauben. Die Reichsregierung weist demgegenüber darauf hin, daß die Verbündeten ebenso wie Deutschland für den künftigen Frieden die Wilsonschen Vorschläge zur Regelung der kolonialen Fragen ohne Einschränkung angenommen haben. Danach ist eine frei, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche zugesichert. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß Kolonien für das deutsche Volk unentbehrlich sind. Ein Frieden, der Deutschland ohne Kolonien ließe, wäre nicht gerecht und würde dauernd das Gefühl der Vergewaltigung zurücklassen.

Die Sozialdemokratie in Baden geschlagen.

Die badische Nationalversammlung, für die insgesamt 107 Abgeordnete zu wählen waren, fest sich nach dem soeben bekannt gewordenen endgültigen Wahlergebnis wie folgt zusammen: 41 Abgeordnete der Zentrumspartei, 35 der Sozialdemokratischen Partei, 24 der Deutschen demokratischen Partei und 7 Abgeordnete der Deutschnationalen Partei. Die Unabhängige Sozialdemokratie vermochte in keinem Wahlkreis genügend Stimmen anzubringen, um auch nur einen Sitz zu erwerben.

Also auch in Baden eine Zweidrittelmehrheit der bürgerlichen Parteien und eine vernichtende Niederlage der Unabhängigen. Die Sozialdemokratische Partei ist nicht einmal — wie in Württemberg — die stärkste Partei; sie muß sich vielmehr mit dem zweiten Platz begnügen.

Das Ergebnis der bayerischen Landtagswahlen.

München, 14. Januar. Das Ergebnis der bayerischen Landtagswahlen liegt nunmehr vollständig vor. Es haben erhalten: Bayerische Volkspartei 1072949, Sozialdemokratische Partei 985550, Deutsche Volkspartei 412074, Bayerischer Bauernbund 722024, Nationalliberale und Mittelpartei 109563, Unabhängige Sozialdemokraten 77214. Die Mandate dürften sich wie folgt verteilen: Bayerische Volkspartei 58, Sozialdemokraten 51, Deutsche Volkspartei 22, Bayerischer Bauernbund 17, Nationalliberale und Mittelpartei 5, Unabhängige Sozialdemokraten 3. Hinzu kommen noch 24 Abgeordnete für die Pfalz, wo die Wahl erst am 2. Februar stattfinden wird.

Schutz gegen die Ploen.

Berlin, 14. Januar. (Amtlich.) Täglich laufen zahlreiche Kundgebungen aus Thüringen, Westpreußen, Posen und Oberschlesien bei der Regierung ein, in denen die deutsche Bevölkerung gegen die polnischen Annektionsbestrebungen Widerspruch erhebt und ihren unerschütterlichen Willen zum Ausdruck bringt, mit dem Deutschen Reich vereinigt zu bleiben. Die Bevölkerung von Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien kann überzeugt sein, daß die Reichsregierung sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen wird, daß deutsche Gebiete nicht aus dem Reichsverbande ausgehoben werden.

Was unseren von den Polen bedrängten Volksgenossen helfen kann, sind nicht schöne Worte, sondern Taten, letzten Endes tapfere Streiter mit Granaten und Maschinengewehren.

Bromberg, 14. Januar. Schubin, Znin und Labischin befinden sich im polnischen Besitz, ebenso sind die Polen in Nebwalde eingezogen, während die deutschen Truppen den Uebergang über den Kanal bei Nebwalde noch halten. Die deutschen Streitkräfte halten die Linie Giesse-Bielnit-Neport-Hopfengarten.

Die Lage an der Ostfront.

Berlin, 14. Januar. Zu der Lage an der Ostfront teilt die Oberste Heeresleitung folgendes mit:

Das Gebiet, das bisher dem A. O. K. unterstand, ist unter den Befehl des A. O. K. 10 getreten. Doolen ist von feindlichen Kavalleriepatrouillen besetzt worden. Bei Ruba, 7 Kilometer südlich Grajewo, scheiterte ein Ueberfall auf eine Brückenwache durch eine starke Banditenbande. Die Bahnstrecke Minsk-Wilna soll bis Solch auf russische Spurweite gelegt sein. In Koeno wurde ein bolschewistisches Nest ausgehoben. Das Generalkommando des Landwehrkorps von Sionin ist nach Grodno verlegt worden.

Die polnische Gefahr.

Bromberg, 14. Januar. Die militärische Lage um Bromberg hat seit gestern eine Aenderung nicht erfahren. Die Polen haben an keiner Stelle Fortschritte gemacht. Im Rateler und Wirziger Kreis herrscht Ruhe. Deutsche Truppen nahmen von Schneidemühl aus Samoschin. Der Bahnverkehr Bromberg-Schneidemühl-Berlin ist in vollem Umfange wieder aufgenommen und wickelt sich ohne die geringsten Störungen ab. Entgegen vielfach unzutreffenden Schilderungen, die geeignet sind, die Bevölkerung zu beunruhigen, wird wiederholt betont, daß die Entwicklung der Verhältnisse die besten Hoffnungen zuläßt und jede Besorgnis grundlos ist.

Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrrevier.

Mühlheim a. R., 14. Januar. (Z.) Die Belegschaften der Zechen des Mühlheimer Bergwerksvereins beschließen, die Arbeit unter der Bedingung wiederaufzunehmen, daß den Verarbeiteten 120 Mark, den Unverarbeiteten 60 Mark Teuerungszulage gezahlt werden soll. Die Aufnahme der Arbeit soll sofort erfolgen.

Mühlheim a. R., 14. Januar. (Z.) Die Streikbewegung auf der Friedrich-Wilhelm-Hütte hat, nachdem die Forderungen der Arbeiter bewilligt wurden, nunmehr ihr Ende gefunden. Am Freitag wurden die Arbeiten in den Abteilungen der Koferei und in den Höchfen und die Vorarbeiten zur Aufnahme des Gesamtbetriebes, der gleichfalls erfolgen erfolgt, wieder aufgenommen.

Die Sozialisierung des Bergbaues.

Essen, 14. Januar. Zur Sozialisierung des Bergbaues erläßt der Essener Arbeiter- und Soldatenrat folgende Bestimmungen:

„Wir haben die Aufsicht über Förderung und Vertrieb der Bergwerkserzeugnisse des Rheinisch-westfälischen Kohlenbergwerks übernommen. Wir verordnen: 1. alle Lohnforderungen sind von jetzt ab bei uns anzumelden. 2. Die Erhöhung der Preise der Bergwerkserzeugnisse ohne unsere Genehmigung ist verboten. 3. Die Direktionsangehörigen und Arbeiter haben ihre Arbeiten unverändert weiterzuführen.“

Zur Internierung Madensens.

Budapest, 14. Januar. Eine Meldung des Ungarischen Korrespondenz-Bureaus aus Aram gibt als Grund für Madensens Internierung in der Belgrader Gegend an, daß seine Armee sich der Entwaffnung und Internierung entzogen und nach Deutschland geflüchtet hätte; nur einige tausend Mann seien festgehalten worden. Deshalb habe Madensens sich gegenüber den Ententemächten zu veranin orten. (?)

Die luxemburgische Dynastie-Frage.

Saag, 14. Januar. Der Verzicht der Dynastie auf den luxemburgischen Thron würde, wie aus Brüssel gemeldet wird, am 9. Januar in der luxemburgischen Kammer beschloffen. Grafseur, der Führer der liberalen Parteien, hatte bei Beginn der Kammerführung eine Entschlieung erachtet, in der darauf hingewiesen wird, daß wegen des Widerstandes der Dynastie der Regierung eine Annäherung Luxemburgs an den Verband unmöglich sei und daß daher der Verzicht der Dynastie erfolgen müsse. Der Führer der sozialistischen Partei hatte sich dieser Entschlieung angeschlossen. Die Parteien der Rechten erhoben Einspruch. Die sozialistischen Abgeordneten, die sonst mit der Rechten stimmten, verhielten sich ruhig. Als die Zuhörer auf den Tribünen lärmten, ließ der Vorsitzende den Sitzungssaal räumen. Die Linksparteien blieben weiter in der Versammlung. Bei der Abstimmung wurden 30 Stimmen für die Entschlieung abgegeben, wonach die Dynastie verzichten sollte. Von diesen 30 wünschten aber 16 die Republik, die 14 anderen sind gegen eine solche. Es wurde ein Ausschuss ernannt, der aus 4 sozialistischen und 4 liberalen Abgeordneten besteht. Die Großherzogin weilt noch immer in Luxemburg. Man erwartet, daß heute oder morgen starke Kundgebungen der Katholiken zugunsten der Großherzogin veranstaltet werden.

Einführung der Prügelstrafe in Rußland.

Stocholm, 14. Januar. Nach einer Petersburger Meldung führte Trozki durch Armeebefehl die Prügelstrafe wieder ein.

Rückkehr von Deutschen aus der Türkei.

Junnsbrud, 14. Januar. Von den auf Grund des Waffenstillstandes aus Konstantinopel ausgewiesenen Deutschen sind die ersten sechshundert Männer, Frauen und Kinder am 11. Januar in Junnsbrud eingetroffen. Unter den Reisenden befindet sich u. a. Geschäftsträger Graf Waldburg mit dem Personal der Botschaft des Generalkonsulats und anderer Konsulate, ferner Beamte, Professoren und Lehrer aus türkischen Diensten, Leiter deutscher Unterrichtsvereine, Beamte der Bagdadbahn, die Abordnung des Roten Kreuzes, Leiter der deutschen Schulen, Pressevertreter, bekannte Kaufleute, ferner 60 Österreicher, nämlich Konsulatsbeamte, Lehrer und Geistliche, 18 Deutsche sind am 12. Dezember über Odesa abgereist. Mehrere hundert Deutsche dürfen in Konstantinopel bleiben. Das deutsche Militär ist dort vorläufig in Salbar Pasha zusammengezogen. Ein zweiter Ziviltransport soll folgen.

Deutsche Frauen, warum wählen wir alle die „Deutschnationale Volkspartei?“

Weil sie nicht die Kirche vom Staate trennen will, weil wir dann wie bisher den Religionsunterricht in der Schule behalten, weil es ohne diesen keinen Gehorsam mehr gegen Euch im Hause, keine Bescheidenheit und Arbeitswilligkeit gibt, weder von Euren Kindern, noch von Hausangestellten!

Das Schuldkonto der Spartakus-Banditen.

Unermesslichen und bleibenden Schaden hat dem ohnehin aufs schwerste benachteiligten deutschen Volke die wilde Spartakuswoche in Berlin und einer Reihe anderer Städte gebracht. Zahlreiche Unbeteiligte sind der Schieberei, die tagelang ganze Straßenzüge und Straßenecken unsicher machte, zum Opfer gefallen, viele andere durch Verletzungen schwer geschädigt worden. Der Schuldsicher muß unterleben, weil Lehrer und Kinder ihres Lebens nicht sicher waren. Unausgesetzt hören die Kinder von Todschlag und Diebstahl, sie leben ihre Umgebung in Furcht und Schrecken. Anglistände, Gemütsdepressionen sind die unausbleibliche Folge.

Wir Recht sind jeder, ob wir noch in einem Ordnungszustand leben, wenn eine verhältnismäßig verschwindend kleine Zahl von Leuten, darunter viele Deserteure, notorische Diebe und Schwerverbrecher, geführt von tollkühnen Fanatikern und unterstützt durch russisches Geld, fast eine Woche lang das geistige und wirtschaftliche Leben zu lähmen, Handel und Verkehr zu unterbinden vermögen.

Unter dem Deckmantel der Politik! Der Oberbefehlshaber Noke sagt treffend in seinem Aufruf vom 11. Januar: „Die letzte Maske, als handle es sich um eine politische Bewegung, ist gefallen, Raub und Plünderung entpuppt sich als letztes und einziges Ziel des Auftrubs.“ Raub und Plünderung haben diese waffenkarrrenden Sorden gründlich bejagt. Nicht nur das Staatsvermögen, Waffen und Munition, haben sie geklaut, auf unerklärliche Weise stehlen können, sondern auch das Eigentum der Bürger praktisch sozialisiert. Kein Fleischerladen, kein sonstiges Lebensmittelgeschäft, kein Juwelierladen und kein Geldschrank waren in der Umgegend der Spartakusmeister vor ihrem frechen Zugriff sicher.

Der wirtschaftliche Schaden, der noch auf lange hinaus den Geschädigten fühlbar bleiben wird, ist auch nicht annähernd abzuschätzen. Auch die Allgemeinheit wird davon betroffen, da die Stadtgemeinde für Aufrührerschäden eintreten muß. Aber wer entschädigt die großen Betriebe und ihre tausende von Arbeitern für den entgangenen Gewinn und für entgangenen Lohn?

Dazu treten die Millionenverluste infolge der Arbeits einstellen und der riesigen Demonstrationen. Tag für Tag. Ueberall ist berechnete worden, daß an dem ersten blutigen Montag in Berlin wohl mindestens 1 1/2 Millionen Menschen gefeiert haben, was bei einer achtstündigen Arbeitszeit den Verlust von zwölf Millionen Arbeitsstunden bedeutet. In einem einzigen Tage! Das geschieht in einer Zeit, wo Deutschland gar nicht genug arbeiten kann, um seine Friedenswirtschaft wieder in Gang zu setzen und sich die Achtung der Welt wieder zu erobern!

Die Entente steht, Gewehr bei Fuß, lauernd, ob wir Ordnung im Lande halten können. Ist das nicht der Fall, dann wehe uns! Dann werden wir noch mehr gedemütigt, geknebelt und gebrandschattet werden.

Deshalb fordert das deutsche Volk in seiner überwallenden Mehrheit: Sofortige Entwaffnung aller Nichtsoldaten, schärfste Bekämpfung der Spartakus-Banden, unbedingten Schutz der Wahlen zur Nationalversammlung!

Aus Stadt und Land.

Röslin, den 15. Januar 1919.
Zum 16. Januar: Sonnenaufgang 8,06. Sonnenuntergang 4,14.
Mondaufgang 4,51. Monduntergang 7,30.

Better:
Langsame Erwärmung, kalte, leichte Regenfälle, später zeitweise aufklärend.

Eine große Schat von Frauen steht noch immer abseits der nationalen Pflicht, von dem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Sie hatten es für unter ihrer Würde, oder unvereinbar mit ihrer Stellung, sich um Politik zu kümmern und schaden auf diese Weise der guten Sache, ohne es zu wollen. Nicht die Rechte, die jemand ausübt, sondern die Pflichten, die er auf sich nimmt, geben ihm den Wert. Darum bittet der Reichsfrauenausschuss der Deutschnationalen Volkspartei, Berlin, Vellenerstraße 8, wiederholt die Frauen aller Schichten: Machen Sie sich klar, was davon abhän, ob die bürgerlichen Kreise durch die Wahlen zur Nationalversammlung das Uebergewicht gegen die Sozialdemokratie und dadurch den Einfluß auf die Reichsverfassung und die Gestaltung der zukünftigen Regierung gewinnen oder nicht. Wir stehen am Abgrund. So kann es nicht weitergehen, wenn Deutschland nicht vollkommen zugrunde gerichtet werden soll. Wir Frauen haben es in der Hand, einer zielbewussten Aufbaubarbeit zu organisieren, zum Siege zu verhelfen. Lassen Sie alle Schen beiseite, helfen Sie uns den Blod der

Rechtsparteien zu stärken. Es ist ein Irrtum, zu glauben — eine Ansicht, die man namentlich oft von Frauen ausgesprochen hört — daß es besser sei, um die Sozialdemokratie zu besiegen, die deutschnationale Partei auch durch die Stimmen der national gesinnten Frauen zu stärken. Wer sich schon aus vermeintlich notwendigen taktischen Gründen einer Partei angeschlossen hat, der er sich innerlich nicht beugen kann, zögere keinen Augenblick, bei der Bindung freizumachen und der großen deutschnationalen Partei seine Stimme zu geben. Ihr Programm ist ein so nützliches, daß jeder deutsche Bürger und jede deutsche Bürgerin unter ihrer Führung unbedingt zu ihrem Recht kommen müssen.

Die meisten Frauen haben nicht Zeit zum Lesen einschlägiger Schriften oder zum Besuch von Versammlungen und Vorträgen. Ihnen im mündlichen Austausch den Gang zur Wahl als unumgängliche Pflicht nahezubringen, der sie sich unter keinen Umständen entziehen dürfen, würde ein nicht hoch genug zu bewertender Vaterlandsdienst sein.

Stadt- und Strandbahn. Wir machen unsere Leser auf eine heutige Bekanntmachung des Magistrats aufmerksam, nach der die Straßenbahn an den beiden Wahlsonntagen ihren Betrieb nach dem Winterfahrplan in der bisher üblichen Weise aufnimmt.

Konzertnachricht. Das für Dienstag nachmittag fünf Uhr angekündigte Konzert Arnold Böcklins konnte nicht stattfinden, weil das wertvolle Instrument des Künstlers durch ein Versehen der Bahnverwaltung nicht rechtzeitig eingetroffen war. Das Konzert findet nunmehr bestimmt am Donnerstag, nachmittags fünf Uhr, statt. Die gelösten Eintrittskarten behalten auch ohne den abgetrennten Kontrollzettel ihre Gültigkeit.

Sonderlehrgang für Kriegsteilnehmer. Am hiesigen Gymnasium wird zur Vorbereitung auf die Kriegsteilnehmerprüfung ein ganzjähriger Lehrgang eingerichtet. Bedingung für die Zulassung, die beim Provinzial-Schulkollegium in Stettin nachgeschickt werden muß, ist, daß der Teilnehmer vor seinem Eintritt in das Heer regelrecht in der Ober-Sekunda eines Gymnasiums verlegt war. Der Unterricht beginnt am Montag, den 20. Januar, 8,30 Uhr.

Kaninchenzüchterverein. Die am 12. Januar im Schützenhause abgehaltene Hauptversammlung des Kaninchenzüchtervereins für Köslin und Umgegend hatte sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen. Sie wurde von dem Vorsitzenden mit einer Begrüßung der Mitglieder zum neuen Jahre und Begrüßung der aus dem Felde heimgekehrten Vereinsmitglieder eröffnet. Aus dem Jahresbericht seien als wichtigste Punkte hervorzuheben, daß die Finanzlage des Vereins nach wie vor durchaus günstig ist und die Zahl seiner Mitglieder im abgelaufenen Geschäftsjahr sich von 54 auf 96 erhöht hat. Ferner sind von der Landwirtchaftskammer zur Beschaffung von Rassestieren reichliche Mittel zur Verfügung gestellt, aus denen besonders die aus dem Felde heimgekehrten und kriegsbeschädigten Mitglieder zur Auffrischung ihrer Zucht bedacht werden sollen, nachdem bereits eine größere Zahl von Rassestieren an die Mitglieder verteilt worden ist. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt, für eine aus geschickte Mitglieder Neuwahl vorgenommen. Als Vereinshaus ist mit Rücksicht auf die ständig wachsende Mitgliederzahl das Schützenhause gewählt. Futtermittel sind noch ausreichend vorhanden und können von den Vereinsmitgliedern wochentags von 1 bis 2 Uhr nachmittags in dem früheren Hufarenstall, Vublberstraße, bezogen werden. Für die am 8. und 9. Februar dieses Jahres in den Räumen des Schützenhauses stattfindende Ausstellung von Rasse-Tieren sind zahlreiche Anmeldungen eingegangen, so daß diese ebenso wie die vorjährige Ausstellung einen guten Verlauf zu nehmen verspricht und zur Hebung und Förderung der Kaninchenzucht sicherlich wie bisher beitragen wird.

Verhaftung von Lebensmittellieferanten. Auf Veranlassung des Arbeiter- und Soldatenrates wurden bei einem aus dem Dien zurückgekehrten höheren Militärbeamten beträchtliche Mengen an Lebensmitteln beschlagnahmt, die der Betreffende mitgebracht hatte. Es befanden sich darunter Haferflocken, Erbsen, Stärke, Mehl, Pfirsich, Grapein, Grütze, 106 Pfund Roggen- und 130 Bld. Weizenmehl, ein Schinken, zwei Speckseiten, 16 Pfund Rindfleisch, 18 Pfund Schweinefleisch, vier Pfund Schinken, 2 1/2 Pfund Schweinefleisch und 3 1/2 Pfund Speck, ferner eine Rolle Maschinenrohr, ein Sattel mit Satteldecke und ein Paar lange gelbe Stiefel. Dagegen eine Bescheinigung vorgelegt wurde, daß der Besitzer die Genehmigung der Mitführung vorliegender Sachen hatte, wurden diese einsteilen von der Polizei in Gewahrsam genommen und die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zur Entscheidung unterbreitet.

Auf einer anderen Stelle am Kleinbahnhof wurden gleichfalls größere Mengen Erbsen, Gries, Grapein, Weizen und so weiter beschlagnahmt, außerdem wurde festgestellt, daß dazwischen zwei Schweine geschlachtet worden sind, während ein nur angemeldet war; es wurden daher auch die zuviel vorhandenen Fleischmengen und ein Schinken mit Beschlag belegt und gegen den Betreffenden Strafanzeige erlassen.

Ein zweiter beträchtlicher Einbruchsdiebstahl ist in einer der letzten Nächte bei dem Kaufmann Reichel in der Wismarstraße, der erst kürzlich erheblich bescholten worden ist, verübt. Die Diebstahler haben diesmal eine Scheibe der Laden tür eingedrückt und sind so in den Laden gelangt. Sie haben die Ladentür mitgenommen und außerdem Kostenvaren im Betrage von etwa zweitausend Mark geklaut. Die Kasse ist — natürlich leer — wiedergefunden worden. Ueber den Verbleib der anderen geklauten Sachen konnte bisher noch nichts ermittelt werden.

Ertrunken. Dienstag nachmittag in der fünften Stunde fiel beim Wäscheputzen am Mühlendamm in der Geberstraße die 71 Jahre alte Witwe Perwölz in den Fluß und ertrank. Die Verunglückte ging sofort unter und konnte bei der eingetretenen Dunkelheit nicht gerettet werden. Die Leiche ist noch nicht gefunden.

Kolben. Zwei Brüder ertrunken. Ertrunken sind Sonntag nachmittag drei Uhr beim Spielen am Schwanenteich die Kinder Ernst und Erich des Arbeiters Oskar Sv. Baustraße 25, sechs und acht Jahre alt. Wiederbelebungsversuche waren leider erfolglos.

Stettin. Einschränkung des Stromverbrauchs wegen Kohlenmangel. Die Kohlenversorgung des Kraftwerkes Stettin, welches das gesamte Stadtgebiet sowie die umliegenden Landkreise mit Kraft und Licht versorgt, beginnt allmählich kritisch zu werden. Bei einem wöchentlichen Bedarf von 1000 bis 1200 Tonnen sind im Monat Januar bisher achtzig Tonnen eingegangen. Alle Vermählungen, eine Beförderung der Kohlenverorgung herbeizuführen, waren ergebnislos. Es muß damit gerechnet werden, daß in kürzester Zeit sämtliche durch das Kraftwerk versorgte Industrien ganz wesentlich im Stromverbrauch ein geschränkt bzw. ganz vom Netz abgeschnitten werden.

Vermischtes.

Sechs Todesopfer des Kampfes gegen Spartakus in Tempelhof. Der Kampf gegen die aus Berlin fliehenden Spartakisten hat leider auch in Tempelhof mehrere unbeteiligte Menschen zu Todesopfern gefordert. Die von Berlin kommenden, den Flughafen Tempelhof passierenden Automobile sollten auf Anruf der dort vom Regiment Augusta angeordneten Posten sofort anhalten, weil man annahm, daß sich in ihnen die Führer der Spartakisten in Sicherheit bringen wollten. Infolge des raschen Plänklers und wohl auch aus Leichtsinne der Wagenführer hielten mehrere Schüsse nach, die die Opfer forderten. In einem fünften Fall hielt ein Automobil auf Anruf der innerhalb des Kaiserens geländes der Garde-Train-Gravabteilung aufgestellten Wachen trotz Anruf und Schreckschuß nicht, so daß auch diese Wache scharfe Schüsse dem Auto nachsandte; von einer Kugel wurde ein Mitfahrender Sergeant, der vier Jahre lang im Felde gekämpft hatte und nun nach Hause zurückkehrte, neben seiner Schwägerin tödlich getroffen und sofort getötet. Ein sechstes Menschenleben ist in dem Opfer gefallen. Durch eine abtrende Kugel aus Berlin, eines Unfallstreifer, erlitt dort ein Mann auf der Straße einen Kopfschuß. Er wurde getötet.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Robert Bublitz für den Anzeigenteil: Max Spang. Druck und Verlag der Vaterlandspresse, A.-G. Sämtlich in Köslin.

Bekanntmachung.

Vom 16. d. Mts. ab wird der Preis für Wannenbäder im Köslinischen Bad von 70 Pfg. auf 80 Pfg. erhöht.
Köslin, den 14. Januar 1919.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der Preis für groben Koks ab Gaswerk stellt sich von heute ab auf 2,60 M. für einen Hektoliter.
Köslin, den 14. Januar 1919.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Wegen der am 1. Januar 1919 eingetretenen Preissteigerung für Kohlen sind wir gezwungen, die Einheitspreise für Gas und elektrischen Strom vom 1. Februar d. Js. ab wie folgt zu erhöhen:
1 cbm Koch-, Heiz- und Leuchtgas kostet 30 Pfg.
1 Motorgas kostet 25 Pfg.
1 kw/hd. Strom zu Leuchtzwecken kostet 60 Pfg.
1 " " hoher Tarif kostet 70 Pfg.
1 " " niedriger Tarif kostet 40 Pfg.
1 " " Kraftstrom 30 Pfg.
Köslin, den 14. Januar 1919.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In den beiden Sonntagen (am 19. und 26. Januar 1919) verkehrt die Stadt- und Strandbahn nach dem Winterfahrplan in der bisher üblichen Weise.
Köslin, den 14. Januar 1919.
Der Magistrat.

Städtischer Fischverkauf.

Von morgen ab Verkauf für die Bezirke 9 und 10.
Köslin, den 15. Januar 1919.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß die Dienststunden in den städtischen Büros - mit Ausnahme derjenigen, die mit der Lebensmittel- und Brennstoffverteilung zu tun haben - für den öffentlichen Verkehr von 8 1/2 bis 1 Uhr festgesetzt sind. Nach dieser Zeit findet eine Abfertigung des Publikums nicht statt.
Köslin, den 15. Januar 1919.
Der Magistrat.

Holzverteilung

Donnerstag, den 16. Januar 1919, von 8-9 Uhr Am Ramp, von 9-10 Uhr Junferstraße, von 10-11 Uhr Janderstraße, von 11-12 Uhr Schul- und Hospitalstraße.
Köslin, den 15. Januar 1919.
Der Magistrat.

Der Weg von Lüptow über Dörrentin an die Chaussee Köslin-Pollnow wird infolge chauffiermäßigen Ausbaues für den öffentlichen Verkehr gesperrt.

Köslin, den 14. Januar 1919.
Der Landrat.
von Eichenhart-Nelke.

Holzverkauf.

Im Forstrevier Nassow kommen am Montag, dem 20. Januar, 9 Uhr vormittags, öffentlich meistbietend zum Verkauf: ca. 300 Rmtr. Kiefern-Kloben und Knüppel, ca. 120 Strauchhaufen.
Zusammenkunft auf der Straße nach Bahnhof Nassow am früheren Forstwerkswege.
Bestellungen auf Bauholz und Stangen werden entgegen genommen.
Die Forstverwaltung.

Schutzverband der Kirche

vertritt für eine selbständige Volkskirche folgendes Mindestprogramm:
1. Gewähre ruhiger, besonnener Überleitung in eine neue Kirchenverfassung, soweit erforderlich,
2. Erfüllung der rechtlichen finanziellen Verpflichtungen des Staates für das Kirchenwesen,
3. Erhaltung des steuerlichen Charakters der Kirchenabgabe in irgend einer Form,
4. Schutz der Sonn- und Feiertagsheiligung,
5. Erhaltung des Religionsunterrichts in der Schule,
6. Erhaltung der theologischen Fakultäten an den Universitäten.

Diese Forderungen gilt es durchzuführen für die Entwicklung inneren christlichen Lebens. Dazu ist äußerliche Machterhaltung der Mitglieder und Freunde der Kirche in unserer Provinz nötig. Darum die herzlichste Bitte um sofortigen Anschluß (auch von Vereinen). Mitgliedsbeitrag 2 Mk. oder mehr. Meldungen sind zu richten an folgende Mitglieder vom

Arbeitsausschuß:

- Stadtrat Anuß, 1. Vorsitzender, Birkenallee 9,
- Pastor Münchmeyer, 2. Vorsitzender, Auguststr. 23,
- Buchhändler Burmeister, Schachmeister, Elisabethstr. 53,
- Konsul W Ahrens, Pöhligerstr. 8, Frau Pastor Bernhardt, Pöhligerstr. 33, Frau Geh.-Kat Hempel, Grabowerstr. 2, Frä. Gertrud Hoppe, Kronenhofstr. 19, Pastor Lic. Jüngst, Alte Falkenwälderstr. 5, Frau Major v. Ritter, Kaiser-Wilhelm-Str. 92, Kaufmann Oskar Krüger, Wietenberg 16, Gymnasialdirektor Geh. Studienrat Prof. Dr. Niehe, Deutscherstr. 14, Pastor Kenner, Pestalozzistr. 7, Frau Clara Schlegel, Falkenwälderstr. 52, Pastor Schröder, Kronprinzenstr. 30, Apotheker Bischof, Luisenstr. 6-7, sämtlich in Stettin. Mitglieder aus der Provinz werden noch hinzugewählt.

Zentrumsverein Köslin.

Auf die Rundfrage des Gemeindeführers der hiesigen St. Marienkirche an die hiesigen politischen Vereine hat der Zentrumsverein Köslin in seiner Sitzung vom 8. 1. 1919 folgende Antwort erteilt:

Wir lehnen die Trennung von Kirche und Staat grundsätzlich ab, erblicken vielmehr das Heil im einträglichen Zusammenwirken beider Gewalten. Wir bekämpfen daher die Trennungsvorläufe und werden sie bekämpfen - nicht nur im Interesse der Kirche, sondern auch des Staates. Wenn trotzdem die Trennung erfolgen sollte, werden wir weiter kämpfen, um sie wieder zu beseitigen. Im einzelnen erheben wir folgende Forderungen:

1. Der Religionsunterricht muß in allen Schulen - die Vorbereitungsanstalten für Lehrer und Lehrerinnen eingeschlossen - erhalten bleiben, und zwar als Pflichtfach, nicht bloß als Wahlfach.
2. Die Schulen müssen konfessionell sein, auch wenn die Einheitschule eingeführt werden sollte.
3. Die theologischen Fakultäten an unseren Universitäten müssen bestehen bleiben.
4. Der Eid muß seine religiöse Form behalten. Die Kräfte dürfen aus unseren Gerichtssälen nicht entfernt werden.
5. Die Militär- und Anstaltsseelsorge ist in vollem Umfang aufrecht zu erhalten.
6. Der Staat hat seine finanziellen Verbindlichkeiten gegen die Kirche weiter zu erfüllen. Will er es nicht mehr in Form regelmäßiger Zahlungen tun, so hat er alle der Kirche genommenen Werte wiederzuerstatten.
7. Für den Fall der bis zum äußersten zu bekämpfenden Verdrängung der Religion aus der Schule fordern wir die Freiheit, überall kirchliche Schulen zu gründen, die aus den Mitteln des Staates und der Gemeinden ebenso zu unterrichten sind wie die übrigen Schulen.

Der Vorstand

Dr. Piont. Felix Wolff. Heisia. Schroeter.

Freiwillige für Grenzschutz gesucht!

Infanteristen, Artilleristen, Kavalleristen, Maschinengewehrschützen, Fahrer, Jahrgänge 1893 bis 1900, gleich 9.70, in sehr gute Verpflegung. Meldung am 19. Januar in Köslin, Hotel Kronprinz, von 4 bis 6 Uhr nachmittags und am 20. Januar von 8 bis 11 Uhr vormittags bei Vizefeldwebel Baaske.

Bin unter meiner alten Nr. 444 wieder an das Fernsprechnetz angeschlossen.
Meister,
Tapeziermeister u. Dekorateur.

Rüchenschürzen
blauweiß gepunktet und gestreift dunkle Muster; starke Ware gewöhnlich weit à Stück 6.75 M., extra weit à Stk. 8.80, 9.80 M., mit Träger " " 9.80, 10.80 versendet per Nachn., so lange Vorrat reicht, Versand-Geschäft
W. Plath, Jhehoe i. S.
(vorm. A. Meesen Ww.)

Auskunft umsonst bei **Schwerhörigkeit**, .. Ohrgeräusch .. nerv. Ohrschmerzen.
Glanzende Anerkennungen
Sani-Verband München. 626 h

Stärksten **Chlorkalk** zum Desinfizieren.
Drogerie J. Nowak.

Bettnäßer erhalten Auskunft umsonst bei Alters- und Geschlechtsangabe.
Janis-Verband München 327.

Gymnasium in Köslin.
Der Sonderlehrgang für Kriegsteilnehmer zur Vorbereitung auf die Reifeprüfung beginnt Montag, den 20. Januar, 8 1/2 Uhr.
Dr. Olsen, Direktor.

Gewerkverein Der Heimarbeiterinnen.
Der Vorstand bittet alle Mitglieder, am Donnerstag, dem 16., nachmittags 5 Uhr, im Gemeindehaus (Eingang durch's Lazarett) zu einer wichtigen Besprechung zahlreich zu erscheinen.

Konzertagentur Otto Grünthal-Köslin
Konzert Földesy.
Infolge eines Versehens der Bahnverwaltung ist das kostbare, 100 tausend Mark Wert repräsentierende Steaduarti-Cello des Herrn Földesy nicht zur Stelle gewesen. Da das Instrument nunmehr da ist, wird das Konzert nachgeholt. Die Künstler kommen am Donnerstag mittag aus Stolp zurück und findet das Konzert statt:
Donnerstag, den 16. Januar, nachmittags pünktlich 5 Uhr.
Die gelbsten Karten behalten auch ohne den abgetrennten Kontrollstreifen ihre Gültigkeit. Neue Eintrittskarten werden weiter im Vorverkauf bei Otto Grünthal und an der Abendkasse verabsolgt.

Öffentliche Versteigerung.
Am Donnerstag, dem 16., bis Sonnabend, dem 18. Januar, werden auf dem Hofe des Architekt Herber, Hospitalstraße,
300 Militärzugpferde öffentlich meistbietend versteigert.
Für den Verkauf gelten die bekannten Bestimmungen.
Sani-Verband Köslin.

Wir nehmen Dienstag, den 21. Januar, in Köslin, Altbanzin und Hohenseide
Ferkel
ab. Gewicht 18 bis 30 Pfund. Preis 2,50 Mark für das Pfund. Anmeldungen bis Sonnabend erbeten.
Kösliner Viehverwertungs-Genossenschaft.

Turnverein Köslin E. V.
gegründet 1861.
Die ordentliche Hauptversammlung findet Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal (3. Etz. Festsäle) statt.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht. (Verwaltungs-, Turn- und Kassenbericht)
2. Rechnungslegung.
3. Neuwahl des Gesamtvorstandes, des Ehrenrats und der Ausschüsse.
4. Geldbewilligungen.
5. Eingelaufene Anträge (§ 15 des Grundgesetzes).
6. Verschiedenes.
Frauenabteilung.
Dienstag, den 21. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in der Mädchenturnhalle
Hauptversammlung.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Neuwahl des Abteilungs Vorstandes.
3. Anträge und Verschiedenes.
Hierzu laden wir unsere Mitglieder ein.
Der Vorstand.
Prof. Dr. Rottländer,
2. Vorsitzender.

Verein selbständiger Gewerbetreibender.
Freitag, den 17. d. Mts., abends 8 Uhr
Versammlung im Restaurant Nowak.
Kurt Modigell, Vorsitzender.
Deutsche Stahlfedern
(Heinze & Glanzer)
Winkelspitze, Kugelspitze, Rundspitze.
„Fürstentümer Zeitung“
R.-G., Köslin.

Turnverein Köslin E. V.
Am 15. und 18. d. Mts. fallen die Turnstunden aus.
Der 1. Turnwart.

Bekanntmachung.
Dem Kreisauschuß ist wieder Schloß zur Verteilung überwiesen. Die Ortsbehörde ersuche ich, Anträge auf Zuwendung unter Angabe der Personenzahl des betreffenden Haushalts entgegenzunehmen und gesammelt bis zum 15. d. Mts. dem Kreisauschuß einzureichen.
Schlame, den 2. Januar 1919.
Der Vorsitzende des Kreisauschusses.
von Schelha.
Veröffentlicht!
Janow, den 10. Januar 1919.
Wir sind bereit, Anträge entgegenzunehmen.
Der Magistrat.

Kleine Privatanzeigen des Kösliner Volksblatts.

Arbeitsmarkt.
Gesucht wird ein tüchtiger, möglichst verheirateter **Kraftwagenführer**, der auch die kleinen Instandsetzungen ausführen muß. Die Stellung ist nicht dauernd. Meldungen persönlich an den Vollziehungsausschuß des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrats.
Freiurggehilfe sucht sofort Stellung.
Paul Otto, Belgard a. P. Wilhelmstraße 22.
1 Kuhfütterer sucht zu sofort.
1 Arbeiterfamilie zum 1. April 19.
Krey, Schreikafen.

Dom. Strachmin bei Frikow sucht zum 1. April einen tüchtigen **Kuhfütterer** mit eigenen Leuten oder **Oberschweizer** zu größerem Viehbestande. Meldungen an die Gutsverwaltung.
Mehrere Tagelöhnerfamilien mit Hofgängen zu sofort oder 1. April gesucht.
Dom. Strachmin bei Frikow.
Unverheiratete **Pferdeknechte** sucht für sofort oder 1. April von Gerlach-Parsow'sche Gutsverwaltung.
Parsow bei Nassow.

2 Deputatsfamilien sucht zum 1. April 1919
Schröder, Datsow bei Altbelz.
Wohnungen, Zimmer.
Zwei gute Wohnungen mit elektrischer Beleuchtung für zwei und drei Personen gibt ab die **Gutsverwaltung Mersin.**
An- und Verkäufe.
Ein starker 430liger **Kastenwagen** steht zum Verkauf.
Kösliner Dampfmühle.

Beet oder Wruken, 25 Zentner, zu kaufen gesucht.
Appelt, Bubligerstr. 43.
Herren-Zimmer-Sofa, dunkelbraun, neu, zu verkaufen. Beschichtigung von 4-6 Uhr nachm. Angebote erbeten unter Y. 105 an die Geschäftsstelle d. Blattes.
Tiermarkt.
Ein älteres **Arbeitspferd** hat zu verkaufen.
Friedrich Waslow, Schulzenhagen-Abbau.
Echte **Bronze-Puthähne** zur Zucht verkauft.
J. Mix, Köslinerstr. 18.

Zwei starke **Doppel-Pony** gesucht. Offerten unter V. 102 an die Geschäftsstelle d. Blg. erbeten.
Eine belgische, fünfjährige **braune Stute** zur Zucht geeignet, steht zum Verkauf.
Ein starkes **Arbeitspferd** verkauft.
Schröder, Datsow bei Altbelz.
Zwei überzählige **Pferde** veräußert.
Dom. Amalienhof bei Hohenseide.

Grundstücks- und Geldverkehr.
Suche eine **Landwirtschaft** zu kaufen von 200 bis 350 Morgen Größe. Vermittlung erbeten. Angebote an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter X 104.
Landhaus mit Landwirtschaft oder kleines Gut zu kaufen gesucht.
Hädel, Altdamm, Hubertus.
Kösliner Veranstaltungen.
Mittwoch, den 15. Januar 1919. Zentrumsverein. Öffentliche Fraternenversammlung abends 8 Uhr bei Lüdtke, Bergstr., Großer Saal.

Der Wiederaufbau Deutschlands

die Herstellung von Ruhe und Ordnung

ist

nur möglich auf dem Boden deutschen Volkstums;

das Ziel

für Freiheit, Christentum und sozialer Fortschritt. In

der Deutschnationalen Volkspartei

sammelt sich, wer an der Lösung dieser Aufgaben mitarbeiten will.

Ihre Kandidaten sind Männer und Frauen der Schaffenden Arbeit.

1. Gustav Malkewitz, Zeitungsverleger, Ehrenmeister der Handwerkskammer Stettin, Stettin, Friedrich-Karlstraße 19.
2. Billy Jandrey, Bauerhofbesitzer, Klein-Radow, Kr. Regenwalde.
3. Margarete Behm, Hauptvorsitzende des Gewerksvereins der Heimarbeiterinnen, Zehlendorf bei Berlin.
4. Hermann Ginoslas, Postsekretär, Stettin, Gabelsbergerstraße 8.
5. Rudolf Flander, Arbeitersekretär, Stolp i. Pom.

6. Hans Schlang, Landwirt, Schönningen, Kr. Randow.
7. Bruno Orthmann, Lehrer, Stettin, Pestalozzistr. 8.
8. Ernst Menckel, Syndikus der Handwerkskammer Stettin, Stettin, Münzstraße 12.
9. Else Wallis, Gutsbesitzerin, Stelow, Kr. Greifswald.
10. Otto Peglow, Bauerhofbesitzer, Streitz, Kr. Köslin.
11. Emil Steltner, Mühlenbesitzer, Jarben, Kr. Greifenberg i. Pom.

Deshalb gebt nur gleichlautende Stimmzettel ab.

Verlangt Zusendung vom

Landesverband Pommern der Deutschnationalen Volkspartei Stettin,

Berliner Tor 1 III.

Der Zentrumsverein Köslin

veranstaltet Mittwoch, den 15. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale bei Lüdtke eine öffentliche Frauenversammlung, in der Herr Dr. Piontek über das

Thema: **„Die Schule ohne Religion“** sprechen wird.

Alle christlichen Frauen aus Stadt und Land ohne Unterschied der Parteirichtung sind hierzu geladen. Freie Aussprache. Um möglichst vielen Frauen den Zutritt zu ermöglichen, sind Männer ausgeschlossen.

Der Vorstand.

Dr. Piontek. Felix Wolff. Schroeter. Heflig.

Deutschnationale Volkspartei.

Am Donnerstag, den 16. Januar, abends 7 Uhr,
in Roggow bei Ostwitz Zela

Öffentliche Versammlung.

Männer und Frauen sind herzlich eingeladen.

Deutschnationaler Volksverein Köslin.

Dr. Jubke.

Deutschnationale Volkspartei.

Freitag, am 17. Januar, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Zela
(Festsäle, Grünstraße)

Öffentliche Versammlung.

Es sprechen Pastor Elgeth-Janow und Generalsekretär Thomas-Stettin. Frauen und Männer aus Stadt und Land Köslin sind herzlich eingeladen.

Der Deutschnationale Volksverein Köslin.

Dr. Jubke, Vorsitzender.

Deutsche Volkspartei.

Öffentliche Versammlung

am Donnerstag, dem 16. Januar, abends 8 Uhr
bei Lüdtke.

Redner: Herr Dr. Sievers-Stolp,

Syndikus der Handwerkskammer des Regierungsbezirks Köslin,
Kandidat für die deutsche Nationalversammlung.

Alle wahlberechtigten Männer und Frauen sind herzlich eingeladen.

Nationalliberaler Verein Köslin.

Sachs, Justizrat. Hübner, Steuerinspektor. Reinsfeld, Bauerhofbesitzer.
Schäfer, Fabrikbesitzer.

Deutsche Volkspartei.

Unser Stimmzettel hat an der Spitze den Namen:

≡ Dr. Fritz Mittelmann ≡

Nationalliberaler Verein Köslin.

Sachs, Justizrat. Reinsfeld, Bauerhofbesitzer. Hübner, Steuerinspektor. Schäfer, Fabrikbesitzer.

Zur Aufklärung!

Wie arbeitet die Deutsche Volkspartei gegen uns?

Sie wagt in einem Flugblatt, das die Unterschriften sämtlicher Vorstandsmitglieder trägt, zu behaupten: „Eine Stärkung der Deutschnationalen Volkspartei bedeutet zugleich eine Stärkung der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Spartakusgruppe“. Mit dieser Unterstellung hat die Deutsche Volkspartei im Wahlkampf einen Ton angeschlagen, wie er bisher hier in Köslin nicht üblich war. Ein derartiges Verhalten sollte zwischen Parteien ausgeschlossen sein, deren Zentralleitungen dahin streben, die Listen miteinander zu verbinden.

Warum greift die Deutsche Volkspartei zu diesem verwerflichen Mittel? Weil sie sochlich gegen uns nichts einwenden kann.

Der Deutschnationale Volksverein Köslin.

Freiwillige gesucht!

2. Eskadron Husaren-Regiments Nr. 5, im Grenzschutz tätig, sucht sofort Freiwillige ein, die bei berittener Truppe im Reiten ausgebildet sind. Monatliche Löhnung 30 Mark, außerdem tägliche Zulage 5 Mark, freie Verpflegung und Bekleidung. Militärpapiere sind mitzubringen. Meldung am 20. Januar 1919 in Köslin, Hotel Kronprinz, bei dem Vertreter der

2. Esk. Hus.-Regts. Nr. 5.

**Münchener Pilsenerbräu, Malzbier,
Stettiner Bergschloßbier**

in Gebinden, Flaschen und im Anstich empfiehlt
Bestellungen erbitte rechtzeitig. **Eduard Loeb.**